



Niederschrift

über die 26. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 08.12.2021, 16:30 Uhr, in der Aula des Hofenfelsgymnasiums, Zeilbäumerstraße 1 (Eingang über den Schulhof)

Anwesend:

Vorsitz

Oberbürgermeister Dr. Marold Wosnitza

Stadtvorstand

Bürgermeister Christian

Gauf

Beigeordnete Christina

Rauch

Ratsmitglieder

Ibrahim Al-Saffar

Anne Bauer

Harald Heinz-Peter Benoit

Pascal Dahler

Barbara Danner-Schmidt ab TOP I/1, 17:15 Uhr

Kurt Dettweiler

Bernhard Düker

Verena Ecker ab TOP I/9, 18:00 Uhr

Thomas Eckerlein

Atila Eren ab TOP I/1, 17:15 Uhr

Rolf Franzen

Klaus Fuhrmann

Anja Gauf-de Gruisbourne

Dr. Christoph Gensch ab TOP I/3, 17:25 Uhr

Heinrich Grim

Bernd Henner

Jonas Keuchel

Thomas Körner

Patrick Lang

Gerhard Maurer ab TOP II/6, 16:45 Uhr

Elisabeth Metzger bis TOP I/17, 19:00 Uhr

Stéphane Moulin

Dagmar Pohlmann

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Dr. Norbert Pohlmann
Walter Rimbrecht
Achim Ruf
Frank Schmid
Klaus Peter Schmidt
Dirk Schneider
Sara-Kim Schneider
Dr. Ulrich Schüler
Pervin Taze
Theresa Wendel

ab TOP II/6, 16:55 Uhr

Protokollführung

Alessa Buchmann
Anna Weber

von der Verwaltung

Stefanie Baumann
Werner Boßlet
Werner Brennemann
Dr. Annegret Bucher
Johannes Burgey
Thomas Deller
Dr. Julian Dormann
Harald Ehrmann
Peter Ernst
Jörg Eschmann
Rudolf Hartmann
Thilo Huble
Jörg Klein
Anne Kraft
Johannes Kuhn
Christian Michels
Tamara Schwartz
Klaus Stefaniak
Patrick Wolf

Abwesend:

Ratsmitglieder

Herbert Beckmann
Udo Brünisholz
Falk Dettweiler
Thorsten Gries
Ingrid Kaiser
Gertrud Schiller
Aaron Schmidt

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Tagesordnung

- 1 Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
 1. Aufstellung des Bebauungsplanverfahrens ZW 168 „Quartier Altes Brauereigelände" gem. § 1 Abs.3 und § 2 Abs.1 BauGB
 - Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB
 - Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen TÖB gem. § 4 Abs. 1 BauGB
 - Beschluss über die Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen TÖB gem. § 4 Abs. 2 BauGB
 2. Aufstellung der Teiländerung des Flächennutzungsplans der Stadt Zweibrücken FNP T 24 „Quartier Altes Brauereigelände" gem. §1 Abs.3 und §2 Abs.1 BauGB
 - Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB
 - Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen TÖB gem. § 4 Abs. 1 BauGB
 - Beschluss über die Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen TÖB gem. § 4 Abs. 2 BauGBVorlage: 60/2217/2021
- 4 Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
 1. Aufstellung des Bebauungsplanes ZW 169 "Nonnenbuschhof" im Normalverfahren nach § 2 ff BauGB mit Aufstellung eines Umweltberichts
 - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.V. m. § 12 BauGB
 2. Aufstellung der Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Zweibrücken FNP 25 "Nonnenbuschhof"
 - Aufstellungsbeschluss gem. § 8 Abs. 3 BauGB i.V. m. § 2 Abs. 1 BauGBVorlage: 60/2218/2021
- 5 Kita Gabelsbergerstraße - Weiteres Vorgehen Wasserschadensanierung
 - Information über den aktuellen Sachstand
 - Beschlussfassung zur Vergabe i.S. Sanierung WasserschadenVorlage: 60/2230/2021
- 6 Volkshochschule Zweibrücken Jahresplanung 2022 - Vorstellung und Beschlussfassung
Vorlage: 41/2226/2021
- 7 Erteilung von Weisungen gemäß § 88 GemO:
Wirtschaftsplan mit fünfjährigem Finanzplan, Investitionsplan und Stellenplan für das Jahr 2022 der GeWoBau GmbH Zweibrücken
Vorlage: 20/2202/2021
- 8 Erteilung von Weisungen gem. § 88 GemO
 - a) Stadtwerke Zweibrücken GmbH
 - b) Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Vorlage: 20/2208/2021

- 9 Sanierung des Kunstrasenbelages auf dem Sportplatz Ixheim; notwendige zusätzliche Erneuerung der Elastiktragschicht
Vorlage: 40/2203/2021
- 10 Planungen zur Videoüberwachung auf dem Gelände des Helmholtz-Gymnasiums;
Beschlussvorlage
Vorlage: 40/2220/2021
- 11 Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten der Erweiterung der Katholischen Kindertagesstätte Heilig Kreuz um einen Küchenanbau, Schaffung eines Abstellraumes und eines Außengerätehauses, Rosengartenstraße 10, 66482 Zweibrücken
Vorlage: 51/2176/2021
- 12 Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten der Oberlichtsanierung an der Katholischen Kindertagesstätte Heilig Kreuz, Rosengartenstraße 10, 66482 Zweibrücken
Vorlage: 51/2175/2021
- 13 Änderung der Parkgebührenverordnung;
Beschlussfassung
Vorlage: 60/2219/2021
- 14 ÖPNV;
Bestellung zusätzlicher Busverkehre zur Schülerbeförderung aufgrund der Corona-Situation
Vergabe von Verstärkungsfahrten
Vorlage: 60/2227/2021
- 15 Projektauftrag „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“;
Projektvorschläge für innovative Konzepte und Handlungsstrategien zur Stärkung der Resilienz und Krisenbewältigung
Information und Beschlussfassung
Vorlage: 60/2229/2021
- 16 Modellprojekt Interkommunale Zusammenarbeit in der Südwestpfalz
Landkreis Südwestpfalz, Kreisfreie Stadt Pirmasens und Kreisfreie Stadt Zweibrücken
Vorlage: 10/2228/2021
- 17 Antrag: Weihnachtsmarkt-Light 2021
Antrag der Fraktion der SPD
Vorlage: 10/2224/2021
- 18 Antrag: Beantragung von Fördermitteln zur Schaffung eines Klimawandelanpassungs-Managements in Zweibrücken;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 10/2225/2021

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

19 Anfragen von Ratsmitgliedern

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 16:30 Uhr.
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Der Vorsitzende informiert den Stadtrat über die Ergänzung der Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt II/6 „Versicherungsangelegenheit Kita Gabelsbergerstraße“. Die Ergänzung sei notwendig, da man im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Versicherungsfragen vorbesprechen müsse, bevor im öffentlichen Teil der Sitzung ein Beschluss gefasst werde.

Die Abstimmung hierüber führt zu folgendem

Abstimmungsergebnis:

Ja:	27
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 27 Mitglieder teil.

Somit wird der Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung aufgenommen. Die folgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich in ihrer Reihenfolge entsprechend.

Des Weiteren weist der Vorsitzende darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt I/13 von der Tagesordnung genommen werde, da dieser bereits abschließend in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25. November 2021 behandelt worden sei und eine Beschlussfassung des Stadtrates aufgrund der geringen Höhe des Zuschusses nicht notwendig sei.

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Punkt 1: Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse (öffentlich)

Der Vorsitzende informiert darüber, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung folgende Beschlüsse gefasst wurden:

Es wurde drei Einstellungen zugestimmt.

Der Vertrag für das Citymanagement wurde verlängert.

Ein städtebaulicher Vertrag wurde geschlossen.

Es wurde eine Bauangelegenheit vorbesprochen.

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Punkt 2: Einwohnerfragestunde **(öffentlich)**

Der Vorsitzende erklärt, dass eine Einwohnerfrage von Frau Stalter eingegangen sei.

Er verliest diese in ihrem vollen Wortlaut:

„Wann wird der Ixheimer Kreisel angemessen beleuchtet und wer ist dafür verantwortlich, falls es aufgrund der Dunkelheit und der fehlenden Lichtquellen zu einem folgenschweren Unfall mit PKW oder LKW und Fußgängern oder Radfahrern mit Personenschaden kommt?“

Der Vorsitzende beantwortet die Einwohnerfrage wie folgt:

Nach Rücksprache mit den Stadtwerken kann ich Ihnen mitteilen, dass der Ixheimer Kreisel vom Landesbetrieb Mobilität (LBM) Kaiserslautern geplant und gebaut wurde. Straßen bzw. Kreuzverkehrsanlagen außerhalb der Ortsdurchfahrt werden nach Aussage des LBM grundsätzlich nicht beleuchtet, da es dafür keine Verpflichtung gibt.

Wir haben uns deshalb dazu entschlossen, die Beleuchtung bis an den neuen Kreisel heranzuführen und mit einer Adaptionstrecke zu versehen, damit die Bushaltestellenbereiche sicher ausgeleuchtet sind. Für den Kreisel selbst ist keine Beleuchtungseinrichtung vorgesehen.

Verteiler:

I

10.2.1

81

Punkt 3:
(öffentlich)

Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;

1. Aufstellung des Bebauungsplanverfahrens ZW 168 „Quartier Altes Brauereigelände“ gem. § 1 Abs.3 und § 2 Abs.1 BauGB

- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB

- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen TÖB gem. § 4 Abs. 1 BauGB

- Beschluss über die Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen TÖB gem. § 4 Abs. 2 BauGB

2. Aufstellung der Teiländerung des Flächennutzungsplans der Stadt Zweibrücken FNP T 24 „Quartier Altes Brauereigelände“ gem. §1 Abs.3 und §2 Abs.1 BauGB

- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB

- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen TÖB gem. § 4 Abs. 1 BauGB

- Beschluss über die Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen TÖB gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Vorlage: 60/2217/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage sowie die Abwägungssynopsen mit den Zusammenfassungen und Beschlussvorschlägen zu den eingegangenen Stellungnahmen (Anlagen 1 und 2) und die ergänzende Unterlage zur Beschlussvorlage. Sodann bittet er um Wortmeldungen.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann, Bündnis 90 /Die Grünen, verweist auf die Aussprache im Bau- und Umweltausschuss. Seiner Meinung nach solle so ein zukunftsweisender Bebauungsplan auch rechtssicher sein. Er erläutert die Problematik der Kaltluftzufuhr und die schwierige Abkühlung im Bereich des Herzogplatzes. Er betont, dass der städtebauliche Missstand zwar beseitigt werden solle, man aber auch den klimatischen Missstand im Auge behalten müsse. Daher befürwortet er die Forderung der SGD zur Erstellung eines Gutachtens hierzu.

Ratsmitglied Moulin, SPD, erklärt, dass eine Gesamtabwägung aller Interessen zu dem Ergebnis geführt habe, dass seine Fraktion dem Vorhaben zustimmen werde. Dennoch bittet er die Verwaltung, klimatische Aspekte im weiteren Verfahren mit dem Investor kritisch zu betrachten.

Ratsmitglied Schneider, Fraktion bürgernah, gibt an, dass er dem Beschluss zustimmen werde. Man solle das Verfahren weiter fortführen und das Thema Kaltluftzufuhr weiter verfolgen.

Im Anschluss fasst der Stadtrat die folgenden

Beschlüsse:

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

1. Aufstellung des Bebauungsplanverfahrens ZW 168 „Quartier Altes Brauereigelände“ gem. §1 Abs.3 und §2 Abs.1 BauGB

- a. Die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB werden, wie in Anlage 1 ausgeführt, behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	26
Nein:	6
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

- b. Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB werden, wie in Anlage 2 ausgeführt, behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	26
Nein:	6
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

- c. Der Stadtrat billigt den Entwurf des Bebauungsplanes ZW 168 „Quartier Altes Brauereigelände“, bestehend aus zeichnerischen und textlichen Festsetzungen, der Begründung und dem Umweltbericht in der dieser Vorlage beigelegten Fassung und beschließt die Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	26
Nein:	0
Enthaltung:	6

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

2. Aufstellung der Teiländerung des Flächennutzungsplans der Stadt Zweibrücken FNP T 24 „Quartier Altes Brauereigelände“ gem. §1 Abs.3 und §2 Abs.1 BauGB

- a. Die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB werden, wie in Anlage 1 ausgeführt, behandelt.

Abstimmungsergebnis:

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

- b. Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB werden, wie in Anlage 2 ausgeführt, behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

- c. Der Stadtrat billigt den Entwurf der Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Zweibrücken FNP T 24 „Quartier Altes Brauereigelände“, bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung und dem Umweltbericht in der dieser Vorlage beigefügten Fassung und beschließt die Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Verteiler:

60

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Punkt 4: **(öffentlich)**

Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;

1. Aufstellung des Bebauungsplanes ZW 169 "Nonnenbuschhof" im Normalverfahren nach § 2 ff BauGB mit Aufstellung eines Umweltberichts

- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.V. m. § 12 BauGB

2. Aufstellung der Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Stadt Zweibrücken FNP 25 "Nonnenbuschhof"

**- Aufstellungsbeschluss gem. § 8 Abs. 3 BauGB i.V. m. § 2 Abs. 1
BauGB**

Vorlage: 60/2218/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **einstimmig** folgenden

Beschlüsse:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes ZW 169 „Nonnenbuschhof“ wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen. Der Geltungsbereich ist dem beiliegenden Lageplan (Anlage 1) zu entnehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

2. Die Aufstellung der 25. Flächennutzungsplanänderung FNP 25 „Nonnenbuschhof“ wird gem. § 8 Abs. 3 BauGB i.V. m. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen. Der Geltungsbereich ist dem beiliegenden Lageplan (Anlage 1) zu entnehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Verteiler:
60

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Punkt 5: **(öffentlich)**

Kita Gabelsbergerstraße - Weiteres Vorgehen
Wasserschadensanierung
- Information über den aktuellen Sachstand
- Beschlussfassung zur Vergabe i.S. Sanierung Wasserschaden
Vorlage: 60/2230/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und gibt an, dass man die Versicherungsangelegenheit bereits im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vorbesprochen habe.

Herr Hartmann, Bauamt, erläutert den Sachstand. Er berichtet, dass das Baumt aktuell den Versicherungsumfang kläre und die Versicherung voraussichtlich den Großteil des Schadens trage. Nachdem das Gutachten erstellt worden sei, seien drei Angebote zur Sanierung des Wasserschadens eingegangen. Der günstigste Bieter habe ein Angebot über ca. 106.500 € abgegeben. Er betont, dass der Schaden schnellstmöglich beseitigt werden müsse.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Dr. Schüler, FDP, zum Austausch der Trittschalldämmung erklärt Herr Hartmann, dass diese zwar nicht feucht sei, man diese jedoch auch austauschen werde, um den Schaden gänzlich zu beseitigen und Folgeschäden zu verhindern.

Ratsmitglied Franzen, CDU, bittet die Verwaltung, einen Rechtsexperten mit Fachkenntnis zu Rate zu ziehen und zu prüfen, ob es zielführend sei, gegen die Nichtanerkennung des Gesamtschadens rechtlich vorzugehen, um eine Kostenerstattung von 100 % der Schadenssumme zu erreichen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass man den Beschlussvorschlag um einen Vorbehalt ergänzen werde.

Sodann fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** den folgenden ergänzten

Beschluss:

Die für den Weiterbau der viergruppigen Kindertagesstätte in der Gabelsbergerstraße infolge eines Wasserschadens erforderlichen Sanierungsarbeiten werden an die Firma Brasa GmbH, Schlackenbergstraße 33, in 66386 St. Ingbert zum Angebotspreis von 106.552,24 € vergeben. *Die Vergabe steht unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass die Versicherung mit Blick auf die mit der Stadt bei dem Projekt „Kita Gabelsbergerstraße“ abgeschlossene Bauleistungsversicherung vorab schriftlich ihr Einverständnis mit der Beauftragung erklärt.*

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Verteiler:

60

30

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Punkt 6: **Volkshochschule Zweibrücken Jahresplanung 2022 - Vorstellung
(öffentlich)** **und Beschlussfassung**
 Vorlage: 41/2226/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage. Er übergibt den Vorsitz für diesen Tagesordnungspunkt an die Beigeordnete und verlässt den Sitzungsraum.

Die Beigeordnete macht Ausführungen zur Jahresplanung der Volkshochschule und betont den gesellschaftlichen Auftrag der Stadt, die Menschen, insbesondere in Zeiten der Corona-Pandemie, zu unterstützen.

Nach einer Rückfrage von Ratsmitglied Schneider, Fraktion bürgernah, bittet der Vorsitzende diesen, diese Fragen als Anfrage im späteren Teil der Sitzung zu formulieren.

Im Anschluss fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Jahresplanung 2022 der VHS wird entsprechend der Vorlage zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Verteiler:

41

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Punkt 7: **(öffentlich)**

**Erteilung von Weisungen gemäß § 88 GemO:
Wirtschaftsplan mit fünfjährigem Finanzplan, Investitionsplan
und Stellenplan für das Jahr 2022 der GeWoBau GmbH
Zweibrücken
Vorlage: 20/2202/2021**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **einstimmig** folgenden

Beschluss:

1. Dem Wirtschaftsplan 2022 und dem 5-jährigen Finanzplan sowie dem Investitionsplan und dem Stellenplan 2022 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Für die folgenden beiden Abstimmungen übergibt der Vorsitzende den Vorsitz an den Bürgermeister.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **einstimmig** folgende

Beschlüsse:

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der GeWoBau GmbH Zweibrücken dem Wirtschaftsplan, dem Finanzplan sowie dem Investitionsplan und dem Stellenplan zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

3. Der Oberbürgermeister der Stadt wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Höchstverschuldungsgrenze von 45 Mio. EUR und der Grenze für die Aufnahme neuer Darlehen von höchstens 15 Mio. EUR zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Verteiler:
20
GeWoBau

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Punkt 8: Erteilung von Weisungen gem. § 88 GemO
(öffentlich) a) Stadtwerke Zweibrücken GmbH
b) Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH
Vorlage: 20/2208/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Schneider, Fraktion bürgernah, möchte wissen, ob der Bau von Stromtankstellen sowie weiterer Photovoltaik-Anlagen geplant sei.

Herr Brennemann, Stadtwerke, weist auf bestehende Photovoltaik-Anlagen hin und gibt an, dass es durchaus möglich sei, die ein oder andere Anlage nachzurüsten.

Ratsmitglied Schneider, Fraktion bürgernah, bittet Herrn Brennemann, die erzeugten Kilowatt-Stunden und den Sonnenanteil zu beziffern.

Der Vorsitzende bittet Ratsmitglied Schneider, dies zu einem späteren Zeitpunkt als Anfrage zu formulieren.

Im Anschluss fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** die folgenden

Beschlüsse:

1. Stadtwerke Zweibrücken GmbH

Dem Wirtschaftsplan 2022 der Stadtwerke Zweibrücken GmbH mit seinen Teilen

- a. Erfolgsplan
- b. Vermögensplan
- c. Finanzplan
- d. Mittelfristiger Finanzplan
- e. Stellenübersicht

wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

2. Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

2.1

Der Feststellung des vom Aufsichtsrat gebilligten Konzernabschlusses 2020 (§ 17 lit.f) wird zugestimmt.

Die Bilanzsumme beträgt: 91.012.746,16 Euro

Der Konzernbilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2020 schließt mit folgendem Ergebnis ab: 9.645.879,94 Euro

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

2.2 Dem Wirtschaftsplan 2022 der Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH mit seinen Teilen

- a. Erfolgsplan
- b. Vermögensplan
- c. Finanzplan
- d. Mittelfristiger Finanzplan
- e. Stellenübersicht

wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

2.3

Der Kapitalerhöhung (mind. 25 Mio. Euro) bei der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (THEE) und die damit einhergehende Leistung einer Bareinlage in 2022 durch die Gesellschaft in Höhe von 150.000,00 € zuzüglich eines Agio wird zugestimmt.

Die Geschäftsführung wird ermächtigt, alle in diesem Zusammenhang zweckmäßigen und notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Verteiler:

20

81

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Punkt 9: **Sanierung des Kunstrasenbelages auf dem Sportplatz Ixheim;**
(öffentlich) **notwendige zusätzliche Erneuerung der Elastiktragschicht**
Vorlage: 40/2203/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Schneider, Fraktion bürgernah, spricht sich für ein gleiches Zugangsrecht zu dem neuen Kunstrasenplatz für alle Vereine aus. Außerdem solle im Bau- und Umweltausschuss darüber beraten werden, wie die ökologische Bilanz verbessert werden könne, ob ein anderes Material in Frage käme und wie es dabei mit der Bewässerung aussehe. Die Stadt solle überlegen, wie sie die Biodiversität und die Artenvielfalt ausgleichen könne und schlägt hierfür unter anderem den Bau eines Bienenhotels vor. Er beantragt den Verweis dieser Angelegenheit in den Bau- und Umweltausschuss.

Die Abstimmung hierüber führt zu folgendem

Abstimmungsergebnis:

Ja:	3
Nein:	28
Enthaltung:	2

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Der Antrag auf Verweisung in den Bau- und Umweltausschuss wurde somit abgelehnt.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann, Bündnis 90/Die Grünen, ist der Meinung, dass dies kein Optimum der ökologischen Platzgestaltung sei. Seine Meinung nach müsse der technische Fortschritt beachtet werden. Da er keine Alternative sehe, sei dies eine gute und richtige Entscheidung.

Die Beigeordnete bezieht sich auf die Frage von Ratsmitglied Schneider und gibt an, dass man Gespräche mit den Vereinen bezüglich der Platznutzung führen werde. Außerdem erklärt sie, dass man sich für die Korkalternative entschieden habe, um der ökologischen Bilanz Rechnung zu tragen.

Herr Deller, Schulverwaltungs- und Sportamt, erläutert, dass man den Kunstrasenplatz in das öffentliche Platzvergabeverfahren aufnehmen werde, um auch anderen Vereinen die Nutzung des Platzes zu ermöglichen. Die gesetzlichen Regelungen schreiben vor, dass der Grundschulsport hierbei Vorrang habe. Im Anschluss folge der Heimatverein und danach die anderen Vereine.

Ratsmitglied Dettweiler, FWG, thematisiert die Gewährleistung des neuen Platzes und erinnert an die Vorbesprechung im Sportausschuss am 01. Dezember 2021.

Ratsmitglied Bauer, SPD, betont, wie wichtig es sei, die alle Plätze dieser Art zu pflegen, um sie möglichst lange zu erhalten. Daher regt sie an, dass man im Sportausschuss thematisieren solle, wie man den Verantwortlichen eine solche Pflege näher bringen könne.

Im Anschluss fasst der Stadtrat folgenden

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Beschluss:

Den Mehrkosten für die Sanierung des Kunstrasenbelages am Sportplatz Ixheim i. H. v. 170.000 Euro wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die haushalterischen Voraussetzungen für die Maßnahme zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

40

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Punkt 10: **Planungen zur Videoüberwachung auf dem Gelände des
(öffentlich)** **Helmholtz-Gymnasiums; Beschlussvorlage
Vorlage: 40/2220/2021**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Herr Deller, Schulverwaltungs- und Sportamt, hält eine Präsentation, in welcher er die Ziele und das Konzept der Videoüberwachung erläutert.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann, Bündnis 90/Die Grünen, erläutert, dass der Datenschutz ein hohes Gut sei. Nichts desto trotz müsse der Schutz des Eigentums und der körperlichen Unversehrtheit an oberster Stelle stehen, sodass eine dauerhafte Abhilfe unerlässlich sei. Seine Fraktion werde dem Vorhaben zustimmen.

Ratsmitglied Dahler, CDU, schließt sich den Ausführungen an und spricht sich im Namen seiner Fraktion für das Vorhaben aus.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Schneider, Fraktion bürgernah, erläutern die Beigeordnete und der Vorsitzende, dass es kein festes Datum für den Beginn der Videoüberwachung gäbe und dass man über die weitere zeitliche Planung berichten werde.

Im Anschluss fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen vorbereitenden Arbeiten zur Umsetzung vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Ratsmitglied Eren, Fraktion bürgernah, befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:

40

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Punkt 11: **Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten der Erweiterung der**
(öffentlich) **Katholischen Kindertagesstätte Heilig Kreuz um einen**
 Küchenanbau, Schaffung eines Abstellraumes und eines
 Außengerätehauses, Rosengartenstraße 10, 66482 Zweibrücken
 Vorlage: 51/2176/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Der katholischen Kirchenstiftung Heilig Kreuz wird für Erweiterung der Katholischen Kindertagesstätte Heilig Kreuz um einen Küchenanbau, Schaffung eines Abstellraumes und eines Außengerätehauses ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von insgesamt 25.801,54 € gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	30
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 30 Mitglieder teil.

Ratsmitglied Rimbrecht, SPD, erklärt sich für befangen und verlässt für diesen Tagesordnungspunkt den Sitzungsraum.

Die Ratsmitglieder Eren, Fraktion bürgernah, und Taze, SPD, befinden sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:

51

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Punkt 12: **Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten der**
(öffentlich) **Oberlichtsanierung an der Katholischen Kindertagesstätte Heilig**
Kreuz, Rosengartenstraße 10, 66482 Zweibrücken
Vorlage: 51/2175/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der katholischen Kirchenstiftung Heilig Kreuz wird zu den Kosten der Oberlichtsanierung an der Katholischen Kindertagesstätte Heilig Kreuz ein Zuschuss in Höhe von 50.000 € gewährt. Sofern ein Rückforderungsanspruch in geeigneter Weise bis zum Abschluss des Verfahrens gesichert wird, erhöht sich der städtische Zuschuss auf 62.400 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	30
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 30 Mitglieder teil.

Ratsmitglied Rimbrecht, SPD, erklärt sich für befangen und verlässt für diesen Tagesordnungspunkt den Sitzungsraum.

Die Ratsmitglieder Eren, Fraktion bürgernah, und Taze, SPD, befinden sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:

51

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Punkt 13: **Änderung der Parkgebührenverordnung;**
(öffentlich) **Beschlussfassung**
 Vorlage: 60/2219/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Er erklärt, dass man zunächst eine neue Verkehrszählung durchführen müsse und sich dieses Vorhaben aufgrund der Corona-Pandemie und der vielen Baustellen im Stadtgebiet verzögert habe. Die Durchführung einer Verkehrszählung sei nun für das Frühjahr 2022 angesetzt. Nach erfolgter Verkehrszählung plane man eine Pilotphase, in der zunächst die drei in der Vorlage vorgeschlagenen Maßnahmen durchgeführt werden.

Ratsmitglied Dahler, CDU, spricht sich für die Durchführung einer Pilotphase aus. Er bittet die Verwaltung, das Dauerparken in der Karlstraße und Umgebung sowie in der Innenstadt zu beobachten.

Ratsmitglied Moulin, SPD, erinnert an einen ähnlichen Antrag seiner Fraktion im Mai 2019 bezüglich der sog. „Brötchentaste“. Seiner Meinung nach müsse dieses Projekt im nächsten Jahr unbedingt angegangen werden. Er stellt in Frage, ob eine minutengenaue Abrechnung sinnvoll sei.

Ratsmitglied Schneider, Fraktion bürgernah, möchte wissen, wie lange die Pilotphase andauern und bis wann ein Mobilitätskonzept erstellt werden solle. Er schlägt vor, die Befristung der Pilotphase sowie einen Zeitpunkt für die Umsetzung zu bestimmen.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Lang, Bündnis 90/Die Grünen, erklärt Herr Dr. Dormann, Kämmerei, dass sich die Gebühr aus einer Parkgebühr und einer Systemgebühr zusammensetze. Es gibt sieben Systembetreiber hinter dem Kooperationspartner Smart Parken. Man habe von dem Kooperationspartner die Information erhalten, dass bei einer Parkgebühr von 0 € keine Systemgebühr anfallen solle. Dies sei jedoch keine verbindliche Aussage und hänge von jedem der sieben Systembetreiber ab.

Ratsmitglied Dr. Schüler, FDP, möchte wissen, wie die Erfassung der Aufenthaltsdaten mit dem Datenschutz vereinbar sei. Außerdem befürchtet er, dass durch die Einführung von Monatskarten eine Blockierung der Parkplätze durch Dauerparke entstehe.

Der Vorsitzende erläutert, dass man deswegen zunächst in einer Pilotphase testen möchte, ob sich dieses System dauerhaft umsetzen lasse. Eine Befristung der Pilotphase sei zwar möglich, ist aber nicht zielführend, da man erst einmal abwarten müsse, bis eine Verkehrszählung durchgeführt worden sei. Aufgrund der zu Beginn genannten Gründe sei dies momentan schwierig abzuschätzen.

Herr Dr. Dormann schlägt eine Berichterstattung mit Fristsetzung vor der Sommerpause vor.

Die Abstimmung über den Antrag von Ratsmitglied Schneider zur Befristung der Pilotphase und zur Festlegung eines Zeitpunktes für die Umsetzung des Projektes wird mehrheitlich abgelehnt.

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Nachdem sich niemand gegen die gemeinsame Abstimmung der einzelnen Beschlusspunkte ausspricht, fasst der Stadtrat den folgenden

Beschluss:

1. Der in der Anlage beigefügte Entwurf einer Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung der Stadt Zweibrücken über die Erhebung von Parkgebühren in der Stadt Zweibrücken vom 20.11.2001, zuletzt geändert durch Rechtsverordnung vom 13.12.2012, wird als Rechtsverordnung beschlossen.
2. Die Änderung der Rechtsverordnung tritt am 1. März 2022 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	2
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

60

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Punkt 14:
(öffentlich)

ÖPNV;
Bestellung zusätzlicher Busverkehre zur Schülerbeförderung
aufgrund der Corona-Situation
Vergabe von Verstärkungsfahrten
Vorlage: 60/2227/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und übergibt den Vorsitz für diesen Tagesordnungspunkt an den Bürgermeister.

Der Bürgermeister und die Beigeordnete erläutern das Vorhaben.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Vergabe der oben aufgeführten Verstärkerfahrten im Bereich Schülerbeförderung ab dem 03.01.2022 bis zum Beginn der Osterferien 2022 zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:
60

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Punkt 15: **Projektaufruf „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“;**
(öffentlich) **Projektvorschläge für innovative Konzepte und**
Handlungsstrategien zur Stärkung der Resilienz und
Krisenbewältigung
Information und Beschlussfassung
Vorlage: 60/2229/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und geht ausführlich auf die Ziele des Projektes ein.

Auf Rückfrage von Ratsmitglied Schneider, Fraktion bürgernah, zu Maßnahmen am Busbahnhof erklärt der Vorsitzende, dass es hierbei lediglich um die Konzeptionierung eines Gesamtmobilitätskonzeptes gehe. Was das konkret heißt und welche Maßnahmen durchgeführt werden, werde noch erarbeitet und dann entsprechend vorgestellt.

Im Anschluss fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den in der Vorlage genannten inhaltlichen und kostenmäßigen Sachstand zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung auf dieser Basis die nächste Bewerbungsstufe (= formales Zuwendungsverfahren) vorzubereiten.

Die Verwaltung wird über die endgültige Bewerbung unterrichten und die erforderlichen Beschlussvorlagen vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

60

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Punkt 16: **(öffentlich)**

**Modellprojekt Interkommunale Zusammenarbeit in der
Südwestpfalz
Landkreis Südwestpfalz, Kreisfreie Stadt Pirmasens und Kreisfreie
Stadt Zweibrücken
Vorlage: 10/2228/2021**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und betont, dass man das Ziel verfolge, die Eigenständigkeit der Stadt nicht aufzugeben.

Ratsmitglied Schneider, Fraktion bürgernah, möchte wissen, ob die VHS bei der Interkommunalen Zusammenarbeit inbegriffen sei.

Der Vorsitzende erläutert, dass das Ziel dieses Projektes sei, die Verwaltung zu durchleuchten, um herauszufinden, in welchen Bereichen eine Zusammenarbeit Sinn mache. Dabei ist die Umsetzung offen gehalten und beschränkt sich nicht auf bestimmte Bereiche.

Im Anschluss fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

- 1) Der Stadtrat beschließt grundsätzlich, der Durchführung des Modellprojekts Modellprojekt Interkommunale Zusammenarbeit in der Südwestpfalz mit einer Laufzeit bis Ende 2023 zuzustimmen.
- 2) Die Stadt Zweibrücken stellt als Projektträger einen Antrag auf Förderung des Modellprojektes. Der Projektantrag wird gemeinsam mit dem Landkreis Südwestpfalz und der Stadt Pirmasens formuliert. Landkreis Südwestpfalz und Stadt Pirmasens treten dem Projekt mittels einer Kooperationsvereinbarung bei.
- 3) Angestrebt wird eine Förderung durch das Land Rheinland-Pfalz von 90%. Stadt Zweibrücken, Landkreis Südwestpfalz und die Stadt Pirmasens tragen den Eigenanteil von 10% gleich verteilt.
- 4) Die endgültige Beschlussfassung über die Durchführung des Modellprojektes und den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung erfolgt nach der Entscheidung über eine Landesförderung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

I

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Punkt 17: **Antrag: Weihnachtsmarkt-Light 2021**
(öffentlich) **Antrag der Fraktion der SPD**
 Vorlage: 10/2224/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Wendel, SPD, erläutert den Antrag Ihrer Fraktion und erklärt, dass sie den Antragstext in Anbetracht der fortgeschrittenen Vorweihnachtszeit von „Weihnachtsmarkt-light 2021“ zu „Wintermarkt-light“ umformulieren möchte. Der Wintermarkt solle dann in Dezember und Januar stattfinden.

Ratsmitglied Lang, FWG, begrüßt die Idee an sich. Er ist jedoch der Meinung, dass eine Umsetzung während der Pandemie nicht möglich und zudem nicht zielführend sei. Durch die neuen Corona-Regelungen sei in der Stadt wenig los, sodass zu befürchten sei, dass auch den Standbetreibern am Ende mehr Schaden entstehe als zuvor. Das Risiko für die Gewerbetreibenden sei in einer solchen Zeit zu hoch.

Ratsmitglied Ecker, CDU, hält den Antrag der SPD für unvertretbar und verweist auf die 29. Corona-Bekämpfungsverordnung. Sie ist der Meinung, dass man die ohnehin ungeschützten Kinder nicht zusätzlich gefährden solle. Außerdem stellt sie sich die Frage, wer die Einhaltung der Coronabestimmungen kontrolliere und wie die Kontaktnachverfolgung erfolge. Außerdem sei das Vorhaben für die Standbetreiber nicht rentabel. Daher werde sie den Antrag ablehnen.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann, Bündnis 90/Die Grünen, spricht die logistischen Voraussetzungen sowie die Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten an. Eine solche Idee sei nur schwer umsetzbar.

Ratsmitglied Wendel, SPD, betont, dass die Intention des Antrags nicht ausschließlich darin lag Glühwein zu verkaufen. Man habe den Gewerbetreibenden die Möglichkeit bieten wollen, ihre Ware, wie z.B. Crêpes oder Handwerksartikel, auf freiwilliger Basis anzubieten.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Schneider, Fraktion bürgernah, erklärt der Vorsitzende, dass es nicht möglich sei, die von der Stadt angeschafften Stände zur Verfügung zu stellen, da diese aufwändig eingelagert worden sind und nicht einzeln aus dem Lager genommen werden können. Es bestehe jedoch weiterhin die Möglichkeit, dass Gewerbetreibende, die bereits einen Stand besitzen, einen entsprechenden Antrag bei der Ordnungsbehörde stellen können, auch unabhängig von einem Weihnachts- oder Wintermarkt.

Die Beigeordnete erläutert, dass hierfür Sondernutzungsgebühren in Höhe von 3,50 €/m² sowie eine Ausschankgebühr beim Verkauf von alkoholischen Getränken in Höhe von 50 € pro Stand anfallen. Nach der neuesten Landesverordnung sei das Aufstellen von solchen Ständen mit Abstand in der Fußgänger Zone möglich. Man müsse außerdem die Regeln für die Gastronomie im Außenbereich beachten.

Herr Stefaniak, Ordnungsamt, ergänzt, dass die Verwaltung für solche Anträge grundsätzlich offen sei. Die Entscheidung über die Gebühren obliege dem Stadtrat.

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Ratsmitglied Maurer, SPD, geht erneut auf die Intention des Antrags seiner Fraktion ein. Er betont, dass Gewerbetreibenden, die mit der Durchführung des Weihnachtsmarktes gerechnet haben, die Chance bekommen sollen, ihre Waren anzubieten.

Ratsmitglied Ecker, CDU, wiederholt ihren Standpunkt und appelliert, keine neuen Anreize für die Ansammlung von Personen zu schaffen.

Ratsmitglied Moulin, SPD, ist der Meinung, dass man bereits im Frühjahr einen Beschluss über den Erlass der Sondernutzungsgebühren gefasst habe und dass dieser hierfür anwendbar sei.

Ratsmitglied Lang, Bündnis 90/Die Grünen, möchte wissen, ob denn überhaupt ein Bedarf bestehe.

Ratsmitglied Düker, SPD, geht auf die Existenzängste von Selbstständigen während der Pandemie ein. Seiner Meinung nach solle man dadurch Anregungen schaffen, Mut machen und die Initiative ergreifen.

Der Vorsitzende gibt an, dass man beim Ordnungsamt nach wie vor entsprechende Anträge stellen könne und dass ggf. auch der Stadtvorstand im Einzelfall über den Erlass von Sondernutzungsgebühren entscheiden könne.

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	15
Enthaltung:	2

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Damit erreicht der Antrag nicht die notwendige Mehrheit.

Verteiler:

10.2.1

32

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Punkt 18: **(öffentlich)**

**Antrag: Beantragung von Fördermitteln zur Schaffung eines Klimawandelanpassungs-Managements in Zweibrücken;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 10/2225/2021**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Danner-Schmidt, Bündnis 90/Die Grünen, erläutert die verschiedenen Säulen der Klimapolitik. Während die Schaffung eines Klima-Managements präventiven Charakter hat, verfolgt man mit einem Klimawandelanpassungs-Management das Ziel, vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. Es gehe außerdem um Risikoversorge und Gefahrenabwehr. Sie ist der Meinung, dass man die Fördermöglichkeit durch das Bundesumweltministerium nutzen solle.

Ratsmitglied Dahler, CDU, sieht aktuell keine Notwendigkeit für die Förderung eines Klimawandelanpassungs-Managements, da der Posten des Klimaschutzmanagers noch nicht einmal besetzt sei.

Ratsmitglied Schneider, Fraktion bürgernah, kritisiert den Finanzierungsvorschlag und die fehlende Perspektive nach Ablauf der zwei Jahre.

Ratsmitglied Benoit, AfD, gibt an, dass dies eher eine Aufgabe der unteren Umweltbehörde auf Landesebene sei. Er werde dem Antrag derzeit nicht zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann, Bündnis 90/Die Grünen, geht erneut auf den Unterschied der beiden Säulen des Klimaschutzes ein. Er weist darauf hin, dass eine Förderzustimmung noch unklar sei und es in der heutigen Sitzung lediglich um die Beantragung gehe.

Auf die Nachfrage von Ratsmitglied Düker, SPD, antwortet Ratsmitglied Dr. Pohlmann, dass er diese Stelle beim Bauamt ansiedeln würde. Die Entscheidung obliege jedoch dem Stadtvorstand.

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	14
Enthaltung:	2

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder und der Vorsitzende teil.

Verteiler:
10.2.1

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

11
60

Punkt 19: Anfragen von Ratsmitgliedern
(öffentlich)

Es sind die folgenden Anfragen von Ratsmitgliedern eingegangen:

1. Anfragen von Ratsmitglied Schneider

1.1 Eseldiplom der VHS

Ratsmitglied Schneider weist darauf hin, dass in der Jahresplanung der Volkshochschule für das Jahr 2022 erneut ein Eseldiplom angeboten werde. Er möchte wissen, wie viele Personen in den Jahren 2018, 2019 und 2020 ein Eseldiplom erworben habe. Außerdem interessiert ihn, ob auch die Mitglieder des Stadtvorstandes, des Personalamtes und des Personalrates ein solches Diplom erworben haben.

Antwort:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

1.2 Photovoltaik-Anlagen

Ratsmitglied Schneider, Fraktion bürgernah, befürwortet den Bau von Stromtankstellen sowie weiterer Photovoltaik-Anlagen. Er bittet Herrn Brennemann, die erzeugten Kilowatt-Stunden und den Sonnenanteil der bestehenden Photovoltaik-Anlagen zu beziffern.

Antwort:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

1.3 Schaden in Folge eines Arbeitsstreites

Ratsmitglied Schneider bezieht sich auf die Beantwortung seiner Anfrage aus der letzten Ratssitzung. Er möchte wissen, wie hoch der durch die Arbeitsunfähigkeit der Mitarbeiterin entstandene Schaden für die Stadt und für die Krankenkasse sei. Außerdem interessiert ihn, ob die Stadt nur den kommunalen Arbeitgeberverband oder aber auch das Rechtsamt daran beteiligt habe.

Antwort:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

1.4 Erdgasfahrzeuge

Ratsmitglied Schneider bittet die Verwaltung, die Anzahl der in Zweibrücken zugelassenen Erdgasfahrzeuge in den Jahren 2015 bis 2021 zu nennen.

Antwort:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

1.5 Erhöhung der Impfquote

Ratsmitglied Schneider möchte wissen, welche Möglichkeiten der Oberbürgermeister in Angriff nimmt, um die Impfquote in Zweibrücken zu erhöhen. Er erläutert, dass andere Kommunen ihre Bürger hierzu direkt anschreiben.

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Antwort:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

2. Anfrage von Ratsmitglied Körner

Bahnhaltepunkt Rosengarten

Ratsmitglied Körner spricht die baldige Eröffnung des neuen Haltepunkts am Rosengarten an. Er äußert Bedenken aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens in der Landauer Straße und möchte wissen, was die Verwaltung tun wolle, um die Passanten, insbesondere aber die Schulkinder, sicher über die Straße zu geleiten. Es interessiert ihn, ob ein Fußgängerüberweg oder eine provisorische Ampel geplant seien.

Antwort:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

Verteiler:

41

81

11

30

32

I

60

84

26. Sitzung des Stadtrates am 08.12.2021

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 19:50 Uhr.

Der Vorsitzende

Die Schriftführer

Oberbürgermeister Dr. Marold
Wosnitza

Nora Baqué Alessa Buchmann